

Hermann Abmayr

## **„Demokratische Grundrechte müssen gelebt und immer wieder neu durchgesetzt werden“**

### **Ein Interview mit dem Filmemacher Hermann Abmayr zu seiner Dokumentation „Jagd auf Verfassungsfeinde – der Radikalenerlass und seine Opfer“**

Anfang 2022 jährte sich der „Radikalenerlass“ zum 50. Mal. Nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt im Jahr 1972 beschloss, mutmaßliche Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen oder erst gar nicht den Zugang zu ermöglichen, folgten millionenfache Überprüfungen durch den Inlandsgeheimdienst sowie Berufsverbote – fast ausschließlich gegen links. Passend zum 50-jährigen Jubiläum hat die ARD im Januar diesen Jahres die Dokumentation „Jagd auf Verfassungsfeinde – Der Radikalenerlass und seine Opfer“ von Hermann Abmayr ausgestrahlt, die nicht nur historische Umstände und Folgen der Berufsverbotepraxis, sondern auch gegenwärtige Debatten zur Rehabilitierung der Betroffenen zum Gegenstand hat.<sup>1</sup> Der Film ist einer von zahlreichen Versuchen in diesem Jahr, insbesondere von Gewerkschaften und Betroffeneninitiativen, Öffentlichkeit für das Thema Berufsverbote zu erzeugen. Hermann Abmayr ist seit 1980 als Journalist für Zeitungen und Zeitschriften tätig. Seit dem Jahr 1985 arbeitet er auch für Fernsehsender. Zunächst war er für den WDR tätig, später für den SDR, den SWR und den SR und in diesem Rahmen immer wieder für die ARD. Abmayr ist Autor zahlreicher Dokumentarfilme, ARD-Magazin- und Hörkbeiträge sowie einiger Sachbücher. Mit ihm sprach Dominik Feldmann.

\*\*\*

*Dominik Feldmann (DF): Herr Abmayr, was waren neben dem Anlass 50 Jahre „Radikalenerlass“ die zentralen Intentionen Ihres Films?*

*Hermann Abmayr (HA):* Ich habe mich nach der Wende immer wieder dafür eingesetzt, nicht nur die Geschichte der DDR kritisch aufzuarbeiten, sondern auch die dunklen Seiten der Nachkriegsjahrzehnte im Westen. Nach jahrelangen Bemühungen ist es mir dann 2006 gelungen, für den WDR die Fernsehdokumentation „Als der Staat rot sah – Justizopfer im Kalten Krieg“<sup>2</sup> zu erstellen. Kurz vor seinem 40. Jahrestag hatte ich das Thema „Radikalenerlass“ einigen Fernseh-Redaktionen angeboten. Allerdings ohne Erfolg. 50 Jahre danach ist es dann gelungen. Der Saarländische Rundfunk hatte rasch zugesagt. Und die Gremien der ARD auch.

---

<sup>1</sup> <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/geschichte-im-ersten/videos/jagd-auf-verfassungsfeinde-video-100.html>

<sup>2</sup> [https://youtu.be/TWj5H\\_Ib6Mo](https://youtu.be/TWj5H_Ib6Mo)

*DF: Wie ist diese Dokumentation zustande gekommen?*

*HA:* Da ich die Zeit selbst erlebt und da ich bereits vor zehn Jahren darüber publiziert habe, musste ich nicht bei null anfangen. Trotzdem ging den Dreharbeiten eine umfangreiche Recherche voran. Dabei ging es um die Inhalte, den aktuellen Forschungsstand, aber auch um die filmische Umsetzung, um die Auswahl der Protagonisten, der Drehorte und des historischen Film- und Fotomaterials. Und dann begann die Produktionsphase.

*DF: Sie sagen, Sie hätten die Zeit zum Teil selbst erlebt. Welche Eindrücke haben Sie gewonnen, wie sich der „Radikalenerlass“ auf den Journalismus ausgewirkt hat?*

Das gesellschaftliche Klima hatte sich zumindest teilweise geändert. Es gab neben dem Kampf gegen den Erlass immer auch so etwas wie Duckmäusertum. Die Medien waren davon leider nicht verschont. Ich kenne Journalisten, die hatten so große Angst davor, dass ihre linke Gesinnung oder linke Aktivitäten in der Schul- und Studienzeit bekannt werden könnten, dass sie daran psychisch erkrankt sind. Andere konnte ihr Berufsleben lang nicht offen darüber sprechen, auch dann nicht, als der „linksextreme Steineschmeißer“ Joschka Fischer Außenminister war oder der „gläubige Maoist“ Winfried Kretschmann Ministerpräsident wurde.

Ich erinnere mich an die Zeit Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, als eine Kollegin eines Zeitungsverlags in Stuttgart von einem Beamten des Verfassungsschutzes denunziert wurde, sie habe Kontakte zur Roten Armee Fraktion. Und schon war sie gekündigt, obwohl es keinen Nachweis gab. Eine Sekretärin desselben Hauses musste gehen, weil sie bei einer Wahl für die DKP kandidiert hatte. Und mein Chefredakteur warf mir damals eines Tages vor – ich war Jungredakteur bei einer Tageszeitung –, „aktiv als Kommunist“ tätig zu sein; ebenfalls ohne Beweise. Er berief sich auf seinen Informantenschutz, was das Arbeitsgericht allerdings nicht akzeptiert hat. Jahrzehnte später habe ich erfahren, dass mich der Polizeipräsident angeschwärzt hat – vermutlich Angaben seiner übereifrigen Staatsschutzabteilung. Tatsächlich gehörte ich keiner kommunistischen Partei an, weder einer Moskau noch einer Peking nahestehenden. Ich habe die Diktaturen im so genannten real existierenden Sozialismus immer verurteilt.

*DF: Auf der Website der ARD, die Ihren Film ausgestrahlt hat, sind Kommentare mit teils lobenden, aber auch kritischen Worten zu lesen. So urteilt ein User: „Die sogenannte Dokumentation ist eine Propagandashow der Nachfolgeorganisationen der KPD der Weimarer Zeit. Hier wird eine peinliche Geschichtsklitterung begangen.“ Man könnte sagen, Sie haben einen wunden Punkt getroffen. Schließlich irritieren Sie mit der Dokumentation die omnipräsente Erfolgserzählung der bundesdeutschen Geschichte.*

*HA:* Diesen wunden Punkt wollte ich treffen. Denn die westdeutsche Nachkriegsgeschichte war eben nicht so tadellos, wie es meistens dargestellt wird. Jüngstes Beispiel: Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, der ein Hort für NS-Täter war, wie die jüngste Untersuchung der Historikerkommission zur

Geschichte des BND zeigt. Aber zurück zu Ihrer Frage: Mit der von Ihnen zitierten Kritik habe ich gerechnet. Es wäre verwunderlich, wenn es die in einer Zeit, in der die AfD überall in den Parlamenten sitzt, nicht gegeben hätte.

*DF: Wie haben Sie insgesamt die Resonanzen auf den Film wahrgenommen? Inwiefern denken Sie, konnte die Dokumentation ausgehend vom „Radikalenerlass“ eine kritische Öffentlichkeit gegen autoritäre Tendenzen in staatlichen Apparaten stärken?*

*HA:* Diese Frage kann ich nur bedingt beantworten. Die vielen positiven Mails und Anrufe, die ich erhalten habe, sind nicht repräsentativ. Ob wir die Öffentlichkeit sensibilisieren konnten, kann ich deshalb nicht sagen. Ich hoffe es, denn autoritäre Tendenzen gibt es aktuell in Deutschland und vielen anderen Ländern. Polen und Ungarn muss man ja inzwischen als Autokratien bezeichnen. Viktor Orbán hat in der Corona-Zeit das ungarische Parlament aufgelöst und für unbestimmte Zeit nach Hause geschickt. Und es gab nirgends einen Aufschrei, weder in Ungarn noch in den Nachbarstaaten. Auch die massiven Einschränkungen von Grundrechten in Deutschland als Reaktion auf die Pandemie haben nur wenige Leute beunruhigt. Als Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* dies thematisiert hat, haben die meisten Medien geschwiegen.

Ich gehe jedenfalls davon aus, dass wir zumindest einige jüngere Leute sensibilisieren konnten. Zum Beispiel meinen Kameramann, der sich gar nicht vorstellen konnte, dass es einmal eine Jagd auf vermeintliche Verfassungsfeinde gegeben hat. Oder junge Abgeordnete wie der 29-jährige Peter Seimer, ein ehemaliger Steuerfahnder, der seit einem Jahr für die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg sitzt, Seimer äußerte sich kürzlich bei einer Diskussion über den „Radikalenerlass“<sup>3</sup> entsetzt über das staatliche Vorgehen damals. Er hatte bei der Veranstaltung zum ersten Mal von Betroffenen erfahren, was sie durchgemacht haben.

*DF: Eine größere Öffentlichkeit für dieses Thema herzustellen ist auch das Anliegen zahlreicher ehemaliger Betroffener von „Berufsverbot“, die Sie im Titel des Films als „Opfer“ bezeichnen. Aus heutiger Sicht war der Ministerpräsident Winfried Kretschmann eines der prominentesten „Opfer“ des „Radikalenerlasses“. Sie haben ihn interviewt. Konnten Sie politischen Willen erkennen, eine Rehabilitierung der Betroffenen vorzunehmen?*

*HA:* Winfried Kretschmann hat seine maoistische Vergangenheit viele Jahre verschwiegen. Schließlich wollte er als Grüner gewählt werden. Und fast niemand wusste, dass er tatsächlich vom „Radikalenerlass“ betroffen war und zunächst nicht in den Staatsdienst übernommen wurde. Wegen seiner Aktivitäten im und für den Kommunistischen Bund Westdeutschland. Darüber habe ich erstmals vor zehn Jahren in der Wochenzeitung *Kontext* und in der *Stuttgarter Zeitung* geschrieben. Dann kokettierte Kretschmann immer wieder mit dem Spruch, er sei ein „staatlich geprüfter Verfassungsfreund“. Denn schließlich sei

<sup>3</sup> Ein Bericht der Veranstaltung „Wenn der Dienst verboten wird – Berufsverbote gestern, heute und morgen“ findet sich in Z 131 (September 2022), S. 188ff.

er ja doch noch Beamter geworden. Und er bezeichnete sein Engagement beim KBW als seinen größten politischen Fehler. Das Thema „Radikalenerlass“ hat er nach Möglichkeit gemieden. Bei meinem ersten Fernseh-Interview dazu vor etwa acht Jahren wollte er sich nicht festlegen und forderte eine wissenschaftliche Untersuchung. So argumentierte er auch innerhalb der Fraktion der Grünen, wo es Leute gab, die sich für eine Entschuldigung einsetzten. Die wissenschaftliche Untersuchung hat dann die damalige Wissenschaftsministerin Theresia Bauer bei der Universität Heidelberg in Auftrag gegeben.

*DF: Und wie ging es weiter?*

*HA:* Als ich Kretschmann Ende 2021 für unsere Doku „Jagd auf Verfassungsfeinde“ interviewt habe, waren die Heidelberger Historiker und Historikerinnen mit ihrer Arbeit noch nicht fertig. Deshalb erklärte Kretschmann auf die Frage, ob sich der Staat bei den Opfern des „Radikalenerlasses“ nicht entschuldigen müsse, er wolle erst das Ergebnis abwarten und sich dann mit der Frage noch einmal befassen. Eine Entschuldigung schließe er aber nicht aus. Doch obwohl die Studie im Mai als Buch erschienen ist,<sup>4</sup> wartet die Öffentlichkeit und warten die Betroffenen bis heute auf Kretschmanns Antwort.

*DF: Inwiefern übte er in Ihrem Interview denn zumindest Ansätze von Kritik an der damaligen Berufsverbotepraxis?*

*HA:* Die autoritären Maßnahmen von damals hat er im Interview kritisiert. So sagte er, ein freiheitlicher Verfassungsstaat fälle keine Gruppenurteile, sondern überprüfe die jeweiligen Personen, den Einzelfall. Das unterscheide ihn von anderen Staatsformen und Diktaturen. Dieser freiheitliche Staat sei auch kein weltanschaulicher Staat. Jeder könne in ihm die Überzeugung verfolgen, die er hat, solange er nicht mit Gesetzen in Konflikt gerate und sie übertrete. Kretschmann verteidigte außerdem das Wort „radikal“. Man dürfe radikal sein, sagte er. So wolle er den Klimawandel radikal bekämpfen und müsse das auch machen.

*DF: Ein weiteres Opfer des „Radikalenerlasses“ war wohl die Demokratie insgesamt. Legales politisches Engagement wurde zur Gefahr für die eigene Biografie. Wir erleben derzeit zahlreiche Ambitionen, Regelanfragen zu reetablieren – teils sind sie bereits wieder eingeführt. Auch von Berufsverboten ist wieder die Rede. Zwar werden solche Maßnahmen derzeit verstärkt mit einem mutmaßlichen Kampf gegen rechts legitimiert. Insofern ist der politische Kontext ein anderer. Aber inwiefern ist Ihr Film auch als ein Warnsignal für die Öffentlichkeit heute zu sehen, wohin Bespitzelung und Berufsverbote führen können?*

*HA:* Winfried Kretschmann appellierte angesichts der aktuellen ausländerfeindlichen und antisemitischen Tendenzen an die Zivilcourage der Bürger. Einen „Extremistenerlass“ wie damals brauche man sicher nicht mehr, sagte er im Interview. Das sehe ich auch so. Strafrecht und Disziplinarrecht genügen. Insofern

---

<sup>4</sup> Edgar Wolfrum (Hg.): Verfassungsfeinde im Land? Der „Radikalenerlass“ von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik, Göttingen 2022.

sollte mein Film auch ein Warnsignal sein. Mehr aber auch nicht. Das hätte den Rahmen gesprengt und die Sendezeit. Ergänzend nur so viel: Demokratische Grundrechte müssen gelebt und immer wieder neu durchgesetzt werden. Das spüre ich bei den herrschenden Politikerinnen und Politikern viel zu wenig. Und ich erschrecke manchmal darüber, wie wenig Mühe sich die Politik gibt, den Argumentationsmustern der neuen Rechten etwas entgegenzusetzen, sich ernsthaft damit auseinander zu setzen. Das gleiche gilt zum Teil für uns als Journalisten, aber auch für die Wissenschaft und die gesamte Zivilgesellschaft. Noch mehr erschreckt mich die Weigerung vieler, über die Ursachen nachzudenken, über die Ursachen des Anwachsens von autoritären, nationalistischen und ultrarechten Tendenzen in Deutschland und vielen Ländern.